

## Medienmitteilung      Kriegsmaterialexporte

Thema	Verbot von Kriegsmaterial-Exporten (Debatte im NR)
Für Rückfragen	Tiana Moser, Tel. 076 388 66 81
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 323 05 30, eMail <a href="mailto:schweiz@grunliberale.ch">schweiz@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.grunliberale.ch">www.grunliberale.ch</a>
Datum	10. März 2009

### Grünliberale zur Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten

Die Grünliberalen lehnen die Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten ab. Die Initiative verfolgt ein hehres Ziel, ist aber so pauschal nicht umsetzbar. Im Krisenfall muss die Schweiz über ein eigenes Knowhow im Rüstungsbereich verfügen. Die Grünliberalen verlangen aber vom Bundesrat eine konsequentere, restriktivere Umsetzung der rechtlichen Grundlagen und ein verstärktes Engagement im Rahmen der internationalen Bestrebungen zur Rüstungskontrolle.

Die Initiative verfolgt ein hehres Ziel. Mit dem Verbot von Waffenausfuhren will die Initiative, dass die Schweiz eine Vorbildfunktion einnimmt auf dem Weg zu einer friedlicheren, konfliktfreieren, humanitäreren Welt. Die Schweiz soll in allen Bemühungen, dieses Ziel zu erreichen, wo immer möglich, eine zentrale und führende Rolle einnehmen.

Die Welt ist aber leider noch nicht so friedlich, wie wir es wünschen. Es müssen deshalb auch sicherheitspolitische Überlegung eine Rolle spielen. Die Schweiz soll über einen Anteil Rüstungsindustrie zur Sicherung des Knowhows verfügen, um eine gewisse Unabhängigkeit in etwaigen Krisensituationen sicherzustellen. Der Handel mit sicheren Ländern sichert zudem die Zusammenarbeit mit und die Wertschöpfung dieser Firmen zugunsten der Schweizer Volkswirtschaft.

### **Gesetzliche Grundlagen besser umsetzen**

Es ist im vitalen Interesse der Schweiz, sich für eine Förderung der internationalen Bestrebungen für Abrüstung und Rüstungskontrolle einzusetzen. Dieses Ziel verfolgt die Schweiz aber bereits heute.

Mit dem Kriegsmaterialgesetz resp. der Verordnung und dem Güterkontrollgesetz haben wir heute bereits relativ gute gesetzliche Grundlagen. Allerdings sind die Grünliberalen mit der Umsetzung durch den Bundesrat nicht zufrieden. Es ist uns beispielsweise ein Rätsel, wie unter diesen Umständen der Export von Kriegsmaterial nach Pakistan im April 2008 freigegeben werden konnte. Pakistan weist alles andere als eine politische Lage und Stabilität auf, um eine Lieferung von Kriegsgütern freigegeben zu können.

Vorfälle wie die umfunktionierten PC Flieger im Tschad oder die Lieferungen nach Pakistan müssen verhindert werden. Sie machen uns unglaublich, verhindern längerfristig einen Kompromiss wie wir ihn heute haben - und gibt Radikallösungen Vorschub.